

Jetzt muss es Strassburg richten

Ausschaffungsinitiative Nationalrat schwenkt auf SVP-Linie und delegiert so die Verantwortung

VON ANNA WANNER

Der Nationalrat ist gestern auf den Kurs der SVP eingeschwenkt und hat ein hartes Ausschaffungsgesetz verabschiedet. Unter dem Druck der Durchsetzungsinitiative nahmen die Parlamentarier einen abschliessend definierten Deliktskatalog ins Gesetz auf. Begeht ein Ausländer eines der aufgeführten Verbrechen, wird er künftig automatisch aus dem Land geschafft (siehe Box).

Dieser Automatismus ohne Prüfung der Umstände verstösst gegen das in der Bundesverfassung verankerte Prinzip der Verhältnismässigkeit sowie gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Hinter dem Parlamentsentscheid steckt Kalkül. Man will die SVP zum Rückzug ihrer Durchsetzungsinitiative bewegen. Während die SVP keinen Konflikt mit dem Rechtsstaat sieht, versuchen die anderen Befürworter einer harten Linie zu erklären: Das Verhältnismässigkeitsprinzip gelte trotz des neuen Gesetzes. Jeder Fall müsse einzeln beurteilt werden. Es liege nun an den Richtern, die Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen.

Volkswillen steht über Recht

Das Parlament schiebe die Verantwortung einfach an die Richter ab, sagt der Basler Staatsrechtsprofessor Markus Schefer. Dass nun Richter –

auch jene des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg – über die Streitfälle entscheiden müssen, entspricht der Absicht der Mitteparteien, wie der freisinnige Auserroder Andrea Caroni gegenüber dieser Zeitung erklärte. Zwar laufe man mit dem im Gesetz festgelegten Automatismus in Strassburg gegen eine Wand, aber das sei ihm lieber, als wenn man ihm vorwerfen könnte, er würde den Volkswillen missachten. Schefer bestätigt, dass spätestens Strassburg den Ausschaffungs-Automatismus stoppen werde. Er rechnet mit «zahlreichen Streitfällen».

Absehbare EMRK-Kündigung

Bereits zeichnet sich ab, dass die SVP auf die Strassburger Richter zielen wird: Die SVP werde Gerichtsentseide gegen das Ausschaffungsgesetz nicht akzeptieren, sagt Fraktionschef Adrian Amstutz. Die Schweiz sei noch lange kein Unrechtsstaat. Auch die SVP setze sich für die Einhaltung von zwingendem Völkerrecht ein.

«Aber wenn ein höheres Gericht unser Recht zu Unrecht erklärt, dann müssen wir uns wehren», sagt Amstutz. Es stehen für ihn verschiedene Optionen im Raum, wie die Schweiz ihr Ausschaffungsgesetz verteidigen soll. Die meisten laufen aber auf eine Abstimmung hinaus: «Am Ende muss wahrscheinlich das Volk entscheiden, ob es die Europäische Menschen-



Der Nationalrat will automatische Ausschaffungen.

KEYSTONE

PARLAMENT: KLARER ENTSCHEID GEFÄLLT

Der Nationalrat hat gestern einer Umsetzung der Ausschaffungsinitiative im Sinn der SVP zugestimmt. Um dem Volkswillen Genüge zu tun, nimmt er eine Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze in Kauf. Mit 106 zu 65 Stimmen bei 11 Enthaltungen ist der Nationalrat als Erstrat dem Antrag seiner staatspolitischen Kommission gefolgt, für die Umsetzung den Text der Durchsetzungsinitiative heranzuziehen. Wiederholungstäter werden bereits bei leichten Delikten wie einfacher Körperverletzung oder Einbruchdiebstahl ausgeschafft. Missbrauch von Sozialhilfe und Sozialversicherungen wird ebenfalls im Deliktskatalog aufgeführt. Die Durchsetzungsinitiative wird aber nicht in allen Punkten umgesetzt: Als bedeutendste Abweichungen hat der Nationalrat weder die Definition des zwingenden Völkerrechts noch den Vorrang der Bestimmungen über die Ausschaffung vor dem Völkerrecht ins Gesetz übernommen. Der Ausschaffungs-Automatismus jedoch soll im Strafbuch Eingang finden. Das bedeutet, dass der Richter den Landesverweis ohne Rücksicht auf die Umstände des Einzelfalls aussprechen muss, sofern dem Verurteilten im Heimatstaat nicht gerade Verfolgung oder Folter drohen. Dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit könnte damit nicht Genüge getan werden. Die bürgerlichen Fraktionen nahmen die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien sehenden Auges in Kauf mit dem Ziel, das Dilemma nicht noch zu verschärfen. (SDA)

rechtskonvention (EMRK) kündigen will.» Staatsrechtler vermuten, dass die Kündigung der EMRK sowieso das Ziel der SVP sei. «Die Partei will Urteile aus Strassburg provozieren, die man dann zur Verunglimpfung dieses

internationalen Gerichts instrumentalisieren kann», sagt Schefer.

Dass die SVP bewusst einen Konflikt mit der EMRK in Kauf nehme, denkt auch Staatsrechtsprofessor Rainer Schweizer. Dass nun allenfalls

ausländische Richter dem Schweizer Volk erklären müssen, wieso das Gesetz in einem besonderen Fall mit ausserordentlichen Umständen nicht gilt, führe dazu, dass die Richter politisch diskreditiert werden könnten.

INSERAT

Himmelslaternen GRATIS

Beim Kauf bis 10.04.2014 auf www.beliani.ch mit Code NWS002 erhalten Sie ein Himmelslaternen Set* GRATIS

*Das Set besteht aus 10 Himmelslaternen im Gesamtwert von Fr. 99.-

1'690.-

1'299.-

-23%

Roma

Exklusive Gartenmöbel aus Rattan

1x Sofa, 2x Sessel, 1x Teefisch, 1x Hocker, inkl. Kissen

Catania

Edle Aluminium Sitzgruppe

1x Tisch 160x90cm, 2x Liegestuhl, 6x Stuhl

Viareggio

Trendige Teak-Stahl Gartenmöbel

1x Tisch 200x90cm, 6x Stuhl, wetterfestes Teakholz

Italy

Stilvolle Rattan Gartenmöbel

1x Tisch 220x100cm, 8x Stuhl, inkl. Kissen

NEU: 24h Express Versand - Morgens bestellen, abends geliefert

Entdecke das Beliani Prinzip

0842 800 111

Mo. - Sa. 8.00 - 18.00

5

Bis zu fünf Jahre Garantie

100

TAGE Rückgaberecht

Zahlung per Rechnung möglich
inner 14 Tagen nach Lieferung

Schnelllieferung in die ganze Schweiz ab Fr. 39.-
Selbstabholung ist nicht möglich

Alle Preise verstehen sich inkl. MwSt und exkl. Versandkosten in CHF. Durchgestrichene Preise basieren auf einem Konkurrenzvergleich.